Detailansicht des Registereintrags

Verband Internationaler Banken in Deutschland e.V.

Aktuell seit 29.10.2026 10:00:33

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002246
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	29.10.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	22.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Weissfrauenstraße 12-16 60311 Frankfurt am Main Deutschland Telefonnummer: +49699758500 E-Mail-Adressen: verband@vib.network andreas.prechtel@vib.network Webseiten: www.vib.network

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
260.001 bis 270.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
1,03

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Guido H. Zöller**
   Funktion: Mitglied des Vorstands, stellv. Vorsitzender
2. **Tobias Vogel**
   Funktion: Vorsitzender des Vorstands
3. **Frank Schoenherr**
   Funktion: Mitglied des Vorstands, Schatzmeister
4. **Juergen Baudisch**
   Funktion: Mitglied des Vorstands
5. **Thomas Falk**
   Funktion: Mitglied des Vorstands
6. **Peter Rosenberger**
   Funktion: Mitglied des Vorstands
7. **Christopher F. Porter**
   Funktion: Mitglied des Vorstands
8. **Dr. Niklas Dieterich**
   Funktion: Mitglied des Vorstands
9. **Dr. Carsten Esbach**
   Funktion: Mitglied des Vorstands
10. **Eddy Henning**
    Funktion: Mitglied des Vorstands
11. **Gamze Yalçın**
    Funktion: Mitglied des Vorstands
12. **Jessica Kaffrén**
    Funktion: Mitglied des Vorstands
13. **Michael Holmes**
    Funktion: Mitglied des Vorstands
14. **Stefan Hafke**
    Funktion: Mitglied des Vorstands
15. **Jörg Hessenmüller**
    Funktion: Mitglied des Vorstands
16. **Christian Wagner**
    Funktion: Mitglied des Vorstands

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. **Wolfgang Vahldiek**

2. **Markus Erb**
3. **Andreas Kastl M.A., LL.M.oec.**
4. **Nina Weidinger**
5. **Dr. Andreas Prechtel**
6. **Dr. Leonie Dietrich**
7. **Sebastian Emmel-Müller**

Gesamtzahl der Mitglieder:
194 Mitglieder am 09.06.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):
1. Institut für Bank- und Finanzgeschichte e.V.
2. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V.
3. Deutsche Vereinigung für internationales Steuerrecht

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (10):
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Datenschutz und Informationssicherheit; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Zivilrecht; Rente /Alterssicherung; Bank- und Finanzwesen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Im Fokus des VIB steht die Interessenvertretung internationaler Banken, Wertpapierinstitute und Asset Manager in Deutschland bei Fachthemen und Fragestellungen gegenüber dem deutschen Gesetzgeber, also dem Deutschen Bundestag, der Bundesregierung und den Fachministerien, gegenüber der EU-Kommission und dem EU-Parlament sowie gegenüber supranationalen Institutionen. Des Weiteren ist er das Bindeglied seiner Mitglieder zu den verschiedenen Aufsichts- und Verwaltungsorganen, wie beispielsweise der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), der Deutschen Bundesbank, der Finanzverwaltung und anderen Behörden des Bundes und der Länder.

Der VIB berät hierbei durch die Bereitstellung von ökonomischem und juristischem Know-How und bietet insbesondere die Sichtweise aus dem Ausland auf den deutschen Finanzplatz, indem er unter anderem über die Blickwinkel der Konzernzentralen seiner Mitglieder zu den in Deutschland aktuellen Themen informiert. Er ist somit Ansprechpartner für Abgeordnete, Ministerien, Verwaltung und die Presse sowie die interessierte Öffentlichkeit.

Der VIB versteht sich außerdem als Dienstleister für seine Mitglieder. Er ist gleichermaßen

Ansprechpartner bzw. Berater in Grundsatzfragen und stellt ein Netzwerk zur Verfügung.

Das Leistungsangebot des VIB umfasst daher neben dem sog. "Informations-Service" und unserer "Grundsatzabteilung" auch den Bereich "Interessenvertretung":

Der VIB ist der Ansprechpartner der Politik für die Interessen der internationalen Financial Community in Deutschland. Er bezieht Stellung zu Gesetz-, Richtlinien- und Verordnungsentwürfen und nimmt für die Mitglieder an Anhörungen beispielsweise im Deutschen Bundestag teil. Er klärt für seine Mitglieder unternehmensübergreifende Fragen mit den Aufsichts- und Verwaltungsbehörden und strebt hierbei Rechtssicherheit und praktikable Lösungen an. Hierzu entwickelt der Verband auch eigene Positionspapiere, die sehr häufig grenzüberschreitende Aspekte der Gesetzgebung mit Bezug zum Bank- und Finanzwesen beleuchten. Der Verband ist behilflich beim Herstellen von Kontakten in die politische Sphäre, insbesondere Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner im Bundestag, in den Bundesministerien und im Bundeskanzleramt, für seine Mitglieder; zudem wird der Kontakt zu diesen Ansprechpartnern bei Einzelgelegenheiten in Gesprächen in Berlin vertieft (eine Geschäftsstelle in Berlin wird nicht unterhalten).

Bei der Interessenvertretung wendet sich der VIB insbesondere an:

- Europäische Kommission und Europäisches Parlament
- Bundesregierung und -ministerien
- Bundestag und Bundesrat
- Landesregierungen
- Deutsche Finanzaufsicht (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Deutsche Bundesbank und deren Hauptverwaltungen)
- Steuerverwaltung (Bund, Land, Kommune)

Der VIB ist zudem mit Verbänden ähnlicher Zielsetzung in anderen EU-Mitgliedstaaten eng vernetzt und tauscht sich in Deutschland mit Verbänden der Finanzwirtschaft wie dem Bundesverband deutscher Banken und den anderen Verbänden der Deutschen Kreditwirtschaft, dem BVI und auch dem BSW, aus.

Konkrete Regelungsvorhaben (20)

1. **Vorschläge zur Stärkung des Finanzplatzes Deutschland**

   Beschreibung:
   Sammlung von Vorschlägen zur Stärkung des Finanzplatzes Deutschland,
   u. a. Eigenkapitalfinanzierung und Aktienmärkte (moderne Dividendenbesteuerung, Zulässigkeit von Naked Warrants, Kein Nachrang von Gesellschafterdarlehen und Anwendbarkeit des Kleinbeteiligtenprivilegs, Erleichterungen für Investition in deutsche börsennotierte Unternehmen, Anpassung von Vollstreckungsrecht), Steuerrecht (Streichung der Verlustverrechnungsbeschränkung bei Termingeschäften sowie Totalverlusten und Wiederaufnahme, Einführung einer Umsatzsteuerfreiheit bei Konsortialkrediten,

Wettbewerbsfähige Hinzugbesteuerung, Sicherstellung der steuerlichen Abziehbarkeit der Bankenabgabe als Betriebsausgabe, etc.), Bankregulierung/Finanzaufsicht, Arbeitsrecht /Sozialrecht/Immigrationsrecht.

Betroffenes geltendes Recht:
AktG [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]; KStG 1977 [alle RV hierzu]; InsO [alle RV hierzu]; WpÜG [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]; UStG 1980 [alle RV hierzu]; KredWG [alle RV hierzu]; GroMiKV 2014 [alle RV hierzu]; PrüfbV 2015 [alle RV hierzu]; InstitutsVergV 2014 [alle RV hierzu]; eWpG [alle RV hierzu]; KryptoFAV [alle RV hierzu]; KAGB [alle RV hierzu]; GwG 2017 [alle RV hierzu]; AO 1977 [alle RV hierzu]; ArbZG [alle RV hierzu]; KSchG [alle RV hierzu]; AÜG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2404090001** (PDF - 211 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 08.03.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

   Versendet am 19.06.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Versendet am 08.10.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

2. **Umsetzung der CRD 6 mit Blick auf Drittstaaten-Zweigstellen von internationalen Banken**

Beschreibung:
Bei der Umsetzung der CRD 6 (bislang im Entwurfsstadium) mit Bezug auf Drittstaaten-Zweigstellen möge ein Ansatz gewählt werden, der die Mindestharmonisierung der CRD 6 möglichst 1:1 umsetzt und den Regelungsinhalt des heutigen § 53c Absatz 1 Nr. 2 KWG grundsätzlich beibehält.

Betroffenes geltendes Recht:
KredWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2406240202** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 29.04.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. **SG2503280019** (PDF - 9 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 14.01.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

3. **Vorschläge zur Umsetzung des AIFMD-Reviews und Adressierung weiterer Verwahrstellen-Themen**

   Beschreibung:
   Anlässlich der Umsetzung des AIFMD-Reviews in das deutsche Recht sollen praxisrelevante Fragestellungen für das Verwahrstellengeschäft adressiert werden, die zwar nicht unmittelbar auf der Umsetzung der AIFMD-Änderungen beruhen, aber im Rahmen des Umsetzungsgesetzes thematisch mit geregelt werden könnten. Ziel ist eine Verbesserung der Bedingungen für Verwahrstellen in Deutschland und Stärkung des Fondsstandorts Deutschland. Adressierte Punkte sind Fragen zur Abwicklung von Investmentvermögen (z.B. Geltung von Anlagegrenzen während der Liquidationsphase; Abbedingkarkeit des § 258 Abs. 2 KAGB) oder zur Wiedereinführung der Möglichkeit Wertpapierdarlehen im Wege des Pfandrechts zu besichern (ursprünglich durch Fondsstandortgesetz gestrichen).

   Betroffenes geltendes Recht:
   KAGB [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

4. **Rechtsverordnung zur geldwäscher. Identifizierung durch Videoidentifizierung (GwVideoIdentV)**

   Beschreibung:
   Der VAB bittet mit Bezug zum Referentenentwurf zum einen um Klarstellungen, unter anderem hinsichtlich der Einstufung gültiger US-Reisepässe, der Angleichung der Aufbewahrungsvorschriften an das GwG, der Datenschutz-Hinweise und zum möglichen Zusammenhang mit den EBA-Leitlinien vom 22. November 2022 zur Nutzung von Anwendungen für den Fern-Kundenannahmeprozess (EBA/GL/2022/15), zum anderen schlägt der VAB auch konkrete Änderungen im Verordnungstext vor: Streichung der Internen Revision zugunsten der gesetzlich vorgeschriebenen unabhängigen (Über-) Prüfung und Verlängerung des Umsetzungszeitraums.

Referentenentwurf:
Verordnung zur geldwäscherechtlichen Identifizierung durch Videoidentifizierung (Geldwäschevideoidentifizierungsverordnung - GwVideoIdentV) (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 18.04.2024
Federführendes Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
GwG 2017 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

5. **Vorschläge, um EU-Zweigniederlassungen als Verwahrstelle auch Registerführungstätigkeiten bei Kryptofondsanteilen zu ermöglichen**

Beschreibung:
Vorschläge mit Lösungsmöglichkeiten für etwaige zukünftige Regulierungsvorhaben, die es Verwahrstellen im Sinne des KAGB, die als EU-Zweigniederlassungen organisiert sind, ermöglichen, Kryptowertpapierregisterführungstätigkeiten im Zusammenhang mit der Ausgabe und Rücknahme von Kryptofondsanteilen nach § 3 KryptoFAV zu erbringen. Vor dem Hintergrund, dass EU-Zweigniederlassungen aufgrund ihrer Organisationsform keine eigenständige Erlaubnis für die Kryptowertpapierregisterführung nach KWG erhalten können, sollte eine Lösung gefunden werden, die diese Marktteilnehmer im Vergleich zu Marktteilnehmern mit Sitz in Deutschland nicht diskriminiert. Hierzu fasst der VAB die vier Ansätze zusammen, die in der Diskussion sind.

Betroffenes geltendes Recht:
KredWG [alle RV hierzu]; KryptoFAV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406270047** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 25.06.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

6. **Vorschläge zur Klarstellung bei Steuernormen und Entbürokratisierung**

Beschreibung:
Zu Artikel 2: Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes (01.01.2025) – Streichung der Verlustverrechnungsbeschränkungen nach Paragraf 20 Absatz 6 Satz 5 und 6 EStG
Zu Artikel 2: Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes (01.01.2025) – Klarstellung bei der Bescheinigung der Angaben für Hinterlegungsscheine nach Paragraf 45b Absatz 3

Satz 2 Nummer 3 EStG
Zu Artikel 2: Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes (01.01.2025) – Klarstellung der Steuerbescheinigung nach Paragraf 45b EStG
Zu Artikel 8: Änderung der Abgabenordnung – Keine Einführung einer Mitteilungspflicht über innerstaatliche Steuergestaltungen (Paragrafen 138l ff. AO)

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Zweites Jahressteuergesetz
Datum des Referentenentwurfs: 10.07.2024
Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EStG [alle RV hierzu]; AO 1977 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2407220011** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.07.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. **SG2510140005** (PDF - 18 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.09.2025 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

7. **Vorschläge zum Bürokratieabbau in der Finanzregulierung**

   Beschreibung:

Vorschläge zum Bürokratieabbau in der Finanzregulierung, allgemein zu den Themen Melde- und Berichtswesen, aufsichtsrechtlich erforderte Dokumentation, Überregulierung, Verhältnismäßigkeit und Angemessenheit (bzw. deren Fehlen), Verwaltungsaufwand in den Aufsichtsbehörden, EU-Regularien und sog. Goldplating, sowie Darstellung konkreter Einzelvorschläge, unter anderem bzgl. CRR, CRD, KWG, GroMiKV, PrüfbV, FinaRisikoV, MaRisk, GwG, Abgabenordnung, Einlagensicherungsgesetz, BörsG, IFR&IFD, WpHG/MiFID, InstitutsVergV.

Betroffenes geltendes Recht:
KredWG [alle RV hierzu]; WpHG [alle RV hierzu]; GwG 2017 [alle RV hierzu]; AO 1977 [alle RV hierzu]; GroMiKV 2014 [alle RV hierzu]; PrüfbV 2015 [alle RV hierzu]; FinaV [alle RV hierzu]; EinSiG [alle RV hierzu]; BörsG 2007 [alle RV hierzu]; InstitutsVergV 2014 [alle RV hierzu]; KrZwMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2409270046** (PDF - 22 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 11.09.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. **SG2507040002** (PDF - 46 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 03.07.2025 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

8. **Vorschläge zur Anpassung des Referentenentwurfs Umsetzungsgesetz Verbraucherkreditrichtlinie**

Beschreibung:
Stellungnahme des Verbands der Auslandsbanken in Deutschland e.V. zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über

Verbraucherkreditverträge
I. Allgemeine Anmerkungen
II. Vorschläge
Vorschlag 1: Klarstellung bezüglich des Umgangs mit besonderen Kategorien personenbezogener Daten gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679
Vorschlag 2: Wegfall von doppelten Prüfungspflichten bei einer Erhöhung des Nettodarlehensbetrages
Vorschlag 3: Leerlaufende Norm zur sog. „Forbearance“ streichen

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1851 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucherkreditverträge
Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucherkreditverträge (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
BGB [alle RV hierzu]; KredWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2507210012** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

9. **Umsetzung der CSRD**

Beschreibung:
Berücksichtigung der aktuell auf europäischer Ebene beschlossenen und angekündigten Änderungen bei der Umsetzung der CSRD zur Vermeidung von Mehraufwand für die Unternehmen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1857 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen in der durch die Richtlinie (EU) 2025/794 geänderten Fassung
Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen in der durch die Richtlinie (EU) 2025/794 geänderten Fassung (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
HGB [alle RV hierzu]; HGBEG [alle RV hierzu]; AktG [alle RV hierzu]; AktGEG [alle RV hierzu]; GmbHG [alle RV hierzu]; EGGmbHG [alle RV hierzu]; SEAG [alle RV hierzu]; GenG [alle RV hierzu]; SCEAG [alle RV hierzu]; PublG [alle RV hierzu]; KredWG [alle RV hierzu]; KAGB [alle RV hierzu]; REITG [alle RV hierzu]; TranspRLDV [alle RV hierzu]; PrüfbV 2015 [alle RV hierzu]; WpHG [alle RV hierzu]; VermAnlG [alle RV hierzu]; WpIG [alle RV hierzu]; ZAG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2507280041** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

2. **SG2605270045** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.04.2026 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

10. **Vorschläge zur Verbesserung des geplanten Fondsrisikobegrenzungsgesetz**

Beschreibung:
Liquidierung von Sondervermögen: Verlagerung auf die KVG und Entlastung der Verwahrstelle zur Sicherung des Anlegerinteresses im Investmentdreieck; Haftung der Kapitalverwaltungsgesellschaft im Zusammenhang mit Sondervermögensverbindlichkeiten

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/3510 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Begrenzung der Risiken durch Investmentfonds und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/927 im Hinblick auf Übertragungsvereinbarungen, Liquiditätsrisikomanagement, die aufsichtliche Berichterstattung, die Erbringung von Verwahr- und Hinterlegungsdienstleistungen und die Kreditvergabe durch alternative

Investmentfonds sowie zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/2994 im Hinblick auf die Behandlung des Konzentrationsrisikos, das aus Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenpart...
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMF): Gesetz z. Begrenzung d. Risiken durch Investmentfonds u. z. Ums. d. RL (EU) 2024/927 i. Hinbl. auf Übertragungsvereinbarungen, Liquiditätsrisikomanagement, d. aufsichtliche Berichterstattung, d. Erbringung v. Verwahr- u. Hinterlegungsdienstleistungen u. d. Kreditvergabe durch alt. Investmentfonds sowie z. Ums. d. RL (EU) 2024/2994 hins. d. Behandlung d. Konzentrationsrisikos, d. aus Risikopositionen ggü. zentr. Gegenparteien erwächst, u. d. Ausfallrisikos bei zentr. geclearten Derivategeschäften (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
KAGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2509220008** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 05.09.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. **SG2601200010** (PDF - 11 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 20.01.2026 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

11. **Neuntes Gesetz zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes**

Beschreibung:
Vorschläge zur Konkretisierung des Neuntes Gesetz zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes zur Rechtssicherheit.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/4550 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
StBerG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2510140007** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.09.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

12. **Vorschläge zur Verbesserung des Steuerrechts und Reduzierung der Bürokratie**

Beschreibung:
Vorschläge zur Konkretisierung im Steuerrecht, Reduzierung der Bürokratie, Verbesserung der Rechtssicherheit und Förderung des Finanzplatzes Deutschland

Betroffenes geltendes Recht:
UStG 1980 [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]; AO 1977 [alle RV hierzu]; StAbwG [alle RV hierzu]; KStG 1977 [alle RV hierzu]; GewStG [alle RV hierzu]; AltZertG [alle RV hierzu]; SvEV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

13. **Evaluierung des Gesetzes über elektronische Wertpapiere (eWpG)**

Beschreibung:
Es geht um die im Gesetz über elektronische Wertpapiere (eWpG) festgeschriebene Evaluierung fünf Jahre nach dem Inkrafttreten. Ziel ist die Überarbeitung des eWpG um Hemmschwellen für die Institute bei der Begebung und dem Handel mit elektronischen Wertpapieren abzubauen sowie deutsche Regelungen stärker am europäischen Recht zu orientieren.

Betroffenes geltendes Recht:
eWpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603130010** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.03.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

14. **Zollfinanzgerechtigkeitsgesetz (ZFG)**

Beschreibung:
Der VIB sieht Bedarf an gesetzlichen Klarstellungen und Verhältnismäßigkeitsprüfungen im Zusammenhang mit der Ausweitung von Pflichten nach § 25n KWG sowie um die Vereinbarkeit und Terminologie bei den Verdachtsmeldepflichten nach § 43 GwG und § 261 StGB.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/8282 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes für mehr Gerechtigkeit durch die Stärkung der Zollverwaltung und die Bekämpfung der Finanzkriminalität
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMF): Gesetz für mehr Gerechtigkeit durch die Stärkung der Zollverwaltung und die Bekämpfung der Finanzkriminalität (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
GwG 2017 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2603310027** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 31.03.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. **SG2609300084** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.09.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

15. **Beseitigung des Goldplatings bei der Umsetzung der IFD im Wertpapierinstitutsgesetz**

Beschreibung:
Beseitigung des unionsrechtswidrigen Goldplatings bei der Umsetzung der IFD Kapitel 2, Abschnitt 2, Interne Unternehmensführung, Transparenz, Behandlung von Risiken und Vergütung im Rahmen des WpIG Kapitel 5: Beaufsichtigung von Wertpapierinstituten; Solvenzaufsicht, Abschnitt 1: Grundlagen der Solvenzaufsicht.

Betroffenes geltendes Recht:
WpIG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603310162** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.02.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

16. **Bestimmung kritischer Anlagen nach dem KRITIS-Dachgesetz**

Beschreibung:
Hinweise und Vorschläge zur Bestimmung kritischer Anlagen nach dem KRITIS-Dachgesetz im Sektor Finanzwesen, u. a. bzgl.:
- Aufnahme weiterer Anlagekategorien für Banken, § 7 Abs. 6 KritisV
- Begriffsbestimmung der Anlage und die weiteren Anlagekategorien für Banken
- Anlagen eines Handelsplatzes
- Anwendungsbeginn der KritisV

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern, Verordnung zur Bestimmung kritischer Anlagen nach dem KRITIS-Dachgesetz (Kritisverordnung - KritisV)
Datum des Referentenentwurfs: 26.05.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium des Innern (BMI) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
KRITISDachG [alle RV hierzu]; BSI-KritisV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606160048** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

17. **12. Novelle des GWB**

Beschreibung:
Aus Anlass der geplanten Novelle des GWB möchten wir darauf hinwirken, dass sie praxisgerecht ausgestaltet wird und der Anwendungsbereich der Fusionskontrolle nicht übermäßig ausgeweitet wird.

Referentenentwurf:
Entwurf eines 12. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (12. GWB-Novelle) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 04.06.2026
Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
GWB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606230041** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

18. **Jahressteuergesetz 2026**

Beschreibung:
Umsatzsteuerliche Organschaft (Art. 14),
beschränkt steuerpflichtige Großaktionäre mit inländischen Beteiligungen von mindestens 10 % in Form von sammel- oder sonderverwahrten Aktien und die Pflicht zum Kapitalertragsteuereinbehalt (Artikel 3 Nr. 17 Buchst. b),
Lohnsteuerliche Behandlung der Gruppenunfallversicherungsbeiträge,
Umsatzsteuerliche Behandlung der Konsortialführergebühr

Referentenentwurf:
Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2026 (JStG 2026) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 19.05.2026
Federführendes Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EStG [alle RV hierzu]; UStG 1980 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607030021** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

19. **Nutzung des bestehenden DORA-Meldewegs für die Meldepflichten i. Z. m. Produkten mit digitalen Elementen gemäß CRA**

Beschreibung:
Unser Vorschlag zur Ergänzung des Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/2847 über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen (Cyberresilienz-Verordnung): Nutzung des bestehenden DORA-Meldewegs für die Meldepflichten i. Z. m. Produkten mit digitalen Elementen gemäß CRA.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/6134 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/2847 über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen (Cyberresilienz-Verordnung)
Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BSIG 2025 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607100038** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

Versendet am 10.07.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
Organe [alle SG dorthin]

20. **Gesetz zur Umsetzung der Sechsten EU-Geldwäscherichtlinie und zur Stärkung der Geldwäscheprävention**

Beschreibung:
Verhinderung von Gold-Plating im Rahmen der Richtlinienumsetzung, insbesondere bezogen auf spezialgesetzliche Regelungen, die neben der AMLR bestehen, wie §§ 25h KWG, 33 WpIG als auch § 154 AO.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Sechsten EU-Geldwäsche- richtlinie und zur Stärkung der Geldwäscheprävention
Datum des Referentenentwurfs: 28.10.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
KredWG [alle RV hierzu]; WpIG [alle RV hierzu]; AO 1977 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
1.460.001 bis 1.470.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

TOP-2_Auszug_Jahresrechnung_2025.pdf